

Foto (c) 2025 / zallmann

Interview:

Alexander Zimbehl

Die DJG Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze und Klaus Plattes besuchten am 25. August 2025 gemeinsam mit den Landesvorsitzenden Bianca Korbanek und Torsten Lieberam den dbb Niedersachsen und führten zur aktuellen Lage in der Justiz in Niedersachsen sowie den bevorstehenden Herausforderungen einen intensiven Dialog.

Klaus Plattes:
Wie ist aktuell die politische Unterstützung für die Justiz in Niedersachsen zu bewerten? Werden die Herausforderungen, etwa beim Personal oder bei der Digitalisierung, ausreichend erkannt und angegangen?

Der Bereich der Justiz in Niedersachsen, damit meine ich im Übrigen vollumfänglich alle Bereiche der Justiz, ist in den vergangenen Jahren sehr vernachlässigt worden. Die Landespolitik hat zu wenig gegen die steigenden Herausforderungen unternommen, auch weil es in Niedersachsen bedingt durch die häufigen Wechsel der Koalitionen im Landtag sehr oft einen Wechsel an der Spitze des Justizministeriums gegeben hat. Jetzt wurde die herausfordernde Situation erkannt, aber man stellte auch fest, dass das Geld für nötige Reformen gerade fehlt und die Voraussetzungen und Ansprüche wesentlich komplexer geworden sind – Stichworte Digitalisierung oder auch Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst und insbesondere in der Justiz.

Beatrix Schulze:
Die Landesregierung plant einen Stellenzuwachs in der Justiz wie lange nicht mehr. Reicht das aus, um die Überlastung und den hohen Krankenstand in den Justizeinrichtungen wirksam zu bekämpfen?

Ich kann mir – vorsichtig formuliert – nicht vorstellen, dass die geplanten neuen Stellen ausreichen werden. Denke ich an die bevorstehenden Aufgaben der Justiz, dürfte es perspektivisch nicht reichen, nur den vorhandenen Mangel an Stellen zu beseitigen. Ein Kernproblem ist sicher, dass die Politik dazu neigt, nur in Legislaturperioden zu denken. Neue Stellen sind im Moment ein Tropfen auf dem heißen Stein, nur das dieser Stein mit Blick in die Zukunft immer heißer wird und so die Wahrnehmung des ja vorhandenen Tropfens schwindet. Nehmen wir einfach mal den Bereich Personal – in den nächsten sieben Jahren wird beispielsweise allein in Niedersachsen ein Drittel des Personals in den Ruhestand gehen und im Moment ist die Beseitigung dieses Problems für mich nicht deutlich genug erkennbar. Es gibt zu viele Arbeitskreise, aber viel zu wenig konkrete Umsetzungsschritte. Ärgerlich ist zudem, wenn man über die Länderebene hinaus zum Bund schaut und in diesem Kontext Debatten über das Berufsbeamtentum oder die Frage nach der Einzahlung in Rentensysteme diskutiert werden. Diese Debatten werden weder das akute Problem der Demografie im Ansatz lösen noch lassen sie den öffentlichen Dienst mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung gut dastehen.

Klaus Plattes:
Viele Beschäftigte bemängeln immer noch den Fortschritt der Digitalisierung in der niedersächsischen Justiz. Was sind die dringendsten Aufgaben für Land und Verwaltung und wie steht der dbb niedersachsen zu der Art und Weise, die E-Akte einzuführen?

Die Thematik der Einführung der Digitalisierung ist nicht neu, die Pläne sind seit Jahren bekannt. Jetzt kommt der Stichtag, zu dem geliefert werden soll und plötzlich erkennt man, die Zeitpläne sind nicht einzuhalten. Man hätte im Vorfeld strategischer agieren müssen: Hardware ist in dem benötigten Umfang und mit der benötigten Leistungskapazität nicht verfügbar, ebenso ist die Software nicht auf einem arbeitsfähigen Stand. Besonders ärgerlich: Jetzt wird versucht, im Hau-Ruck-Verfahren etwas einzuführen ohne Wahrnehmung der Sorgen und Nöte derer in den Dienststellen, die mit den digitalen Verfahren arbeiten müssen.

Besonders ärgerlich, dass man dann auch noch in dieser Sache die Entscheidungen vorbei an den personellen Kapazitäten oder auch Gremien wie dem Hauptpersonalrat in der Justiz trifft. Ich bin jedenfalls dem Hauptpersonalrat im Justizministerium äußerst dankbar, dass hier interveniert wurde gegen den Versuch, „den Elefanten um jeden Preis durch das Nadelöhr zu pressen". Es kann doch nicht richtig sein, dass es morgens beim Arbeitsbeginn nach Anschalten des Rechners – überspitzt dargestellt – Stunden dauert, bis alle Updates gefunden und diese aktualisiert sind. Wir als dbb in Niedersachsen wollen Digitalisierung – sie macht vieles einfacher und schneller und kann sicher auch irgendwann einmal in der Zukunft in Teilbereichen, in denen es Sinn macht, personell nicht vorhandene Ressourcen auffangen. Aber der gesamte Prozess der Implementation und des Betriebs muss professionell umgesetzt werden und dauerhaft stabil funktionieren, nicht „hoppla, hopp" über das Knie gebrochen werden.

Zur erfolgreichen Digitalisierung gehört übrigens nicht nur Hard- und Software, sondern auch das nachhaltige Angebot an entsprechenden Schulungen.

Auch KI (*KI = Künstliche Intelligenz - Anm. der Red.*) kann in Zukunft sicher zu einer leistungsfähigeren Justiz beitragen, wenn man jene Vorgänge automatisiert, die von ihrer Struktur her immer wieder ähnlich sind. Aber am Ende muss dennoch ein Mensch auf die Ergebnisse der KI schauen, ob der Vorgang richtig abgelaufen ist. Leider steckt die KI in Niedersachsen noch in den Kinderschuhen.

Beatrix Schulze:
Wie ist der Zustand des mittleren Dienstes in der Justiz, was Arbeitsverdichtung, Wertschätzung und die Belastungen im Berufsalltag angeht? Im öffentlichen Dienst wachsen die Sorgen bezüglich Personalmangel und Nachwuchskräften. Welche Maßnahmen brauchen wir, um den öffentlichen Dienst sowohl attraktiv als auch zukunftsfest zu machen?

Ich finde es im Jahr 2025 fast schon einen Skandal, dass man sich über den einfachen und den mittleren Dienst noch unterhalten muss. Normalerweise müsste jede Verwaltungstätigkeit – also auch in der Justiz – perspektivisch zum gehobenen Dienst zählen und wir sprechen hier über ein Eingangsamt A9. Der mittlere Dienst nimmt meist ausführende Funktionen wahr und ist unverzichtbar sowohl für die tägliche Verwaltungsarbeit als auch für die Bürgernähe. Der dbb niedersachsen sieht ihn als tragende Säule des öffentlichen Dienstes und fordert entsprechende Anerkennung und Perspektiven für Beschäftigte dieser Laufbahngruppe.









Wie zuvor schon in meiner Antwort erwähnt: In den nächsten sieben Jahren verlassen rund ein Drittel der Bediensteten den öffentlichen Dienst aus Altersgründen. Bis dato gibt es keine handfesten politischen Ideen, diesem Fakt entgegenzuwirken. Es ist kein ausreichender Nachwuchs in Sicht. Zwingend muss hier etwas geschehen. Aber junge Menschen wollen attraktive Arbeitsplätze: Die Zeit von Großraumbüros ist vorbei. Die Ausstattung der Arbeitsplätze muss adäquat sein. Der Arbeitsplatz trägt schließlich zur Motivation bei.

Eine Umstrukturierung der einzelnen Dienste nach dem Vorbild der Polizei und eine Vermeidung der dort seinerzeit gemachten Fehler könnte eine Lösung für die Justiz sein. Perspektivisch muss der einfache Dienst für die Justiz abgeschafft, der Wachtmeisterdienst in den mittleren Dienst überführt werden, aber auch im höheren und gehobenen Dienst entsprechende Stellen geschaffen werden. Das ganze System muss komplett neu durchdacht und geplant werden.

Klaus Plattes:

Wie steht der dbb niedersachsen zu den aktuellen Arbeitsbedingungen und zur Wertschätzung für Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte – insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern?

Ich mache das symbolhaft an einem einfachen, kleinen Beispiel deutlich: Seit Jahren fordert der dbb niedersachsen die Wiedereinführung der Jubiläumszulage im öffentlichen Dienst. Das ist finanziell für das Land zu stemmen und eine kleine Geste, die Wertschätzung zeigt. Bewegung in dieser Sache? Fehlanzeige. Es ist schade, dass die Politik hier kein Interesse zeigt und so ein Indiz liefern würde, dass man die langfristig beschäftigten Landesbediensteten schätzt und ihren stetigen Einsatz respektiert.

Ein anderer Bereich der Wertschätzung ist das ständige Thema Investition. Die Zeit der Holzschreibtische und Holzstühle ist sicher vorbei, aber der Weg hin zu einer adäquaten Ausstattung der Dienststellen muss auch als Zeichen der Wertschätzung weiter beschritten werden. Das betrifft in Niedersachsen auch in vielen Bereichen die Dienstgebäude. Ich bringe immer gerne ein Beispiel, welches es auch schon einmal in die Presse geschafft hat: Die Tatort-Folgen aus Hannover werden in dem Büro der Nord-LB gedreht, einem schönen neuen (klimatisierten) Neubau mit fantastischem Blick über ganz Hannover und einer großen an das Büro von TV-Kommissarin Furtwängler angrenzenden Dachterrasse. Das sind aber nicht die Dienstgebäude in Niedersachsen – die Realität sieht leider anders aus. Ich sage das nicht, weil ich neidisch auf die Arbeitsbedingungen bei der Nord LB bin, sondern weil ich kritisiere, wenn man jungen interessierten Menschen Situationen vorspielt, die sie bei uns einfach nicht antreffen.

Seit Jahren hört man von der Politik und auch bei Personalversammlungen, dass sich die Situation in den Dienststellen verbessern soll. Leider passiert aber an dieser Stelle wenig. Allein schon, wenn man reflektiert, was es bedeutet, bei 37 Grad einen 8-Stunden-Tag lang arbeiten zu müssen und selbst das Aufstellen von Wasserspendern oder das Bereitstellen von Wasser aus gesetzlich-formellen Gründen ein Problem zu sein scheint.

Beatrix Schulze:

Ende des Jahres stehen neue TV-L-Tarifverhandlungen an. Welche Kernforderungen plant der dbb niedersachsen mit Blick auf die Beschäftigten in Justiz und öffentlichem Dienst mit in diese Gespräche zu nehmen?

Ich kann den Regionalkonferenzen und der dbb Bundestarifkommission nicht vorgreifen. Meine persönliche Meinung ist, dass es in Zukunft gelingen muss, dass die Unterschiede zwischen dem TVöD und TV-L nicht zu groß werden dürfen. Ideal wäre es, wenn es den Ländern gelingt, die Schere nicht zu weit auseinanderlaufen zu lassen zwischen beiden Verträgen. Wir müssen im öffentlichen Dienst verhindern, dass der Bereich der Länder das Nachsehen hat. Und das sage ich nicht vor dem Hintergrund einer Neiddebatte, sondern aus eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen. Der öffentliche Dienst in Gänze, ob Bund oder Land, ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet, ob Ost oder West, muss im Ergebnis eine faire, abgestimmte und passende finanzielle Ausstattung bekommen.

Die Tarifverhandlungen an sich werden sicher intensiv und ich bin gespannt auf die Entwicklung. Wir werden uns sehr stark aufstellen müssen für diese Runde.

Klaus Plattes:
Was den Haushalt 2026 angeht, so sind in einigen Ländern aktuell tiefe Einschnitte im Bereich der Justiz in den Beratungen der Landesregierungen geplant. Die Polizei erhält Mittel, die Justiz steht hinten an und so entsteht aus unserer Sicht eine Schieflage. Mich interessiert die Sichtweise dazu beim dbb niedersachsen.

Auch in dieser Frage muss ich vorwegschicken, keine Neiddebatten zu mögen. Es ist wichtig, dass die Polizei mit den erforderlichen Mitteln gut ausgestattet ist. Aber der Sicherheitsbereich, also von der Polizei angefangen über die Justiz bis hin zum Strafvollzug muss insgesamt gestärkt werden. Wer das nicht begreifen mag oder will, verschließt sich der Realität. Das gilt nebenbei bemerkt, auch für den Bildungsbereich.

Insgesamt muss es eine Beschleunigung im Antragsbereich geben und auch die Verfahrensdauer muss beschleunigt werden. Dafür müssen ohne Wenn und Aber die erforderlichen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Bund und Länder müssen investieren, da gibt es gar keine Alternativen zu. Andernfalls darf man sich nicht wundern, wenn die politischen Extremisten von links oder von rechts die Fehlleistungen des Staates für sich absaugen und für ihre Belange argumentativ nutzbar machen.

Mein Appel zum Ende unseres Dialogs an die verantwortlichen Entscheiderinnen und Entscheider in der Landesregierung und der Landes- sowie Bundespolitik: Hört auf kleine Feuer auszutreten, sondern arbeitet strategisch und systematisch an zukunftsorientierten und vor allem praktikablen Lösungen. Uns fehlen keine Einnahmen auf der Staatsseite, vielmehr sind wir nicht in der Lage, die Ausgaben geordnet zu kanalisieren und auf den Weg zu bringen. Wir müssen den öffentlichen Dienst stärken, und zwar jetzt.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit für das Gespräch und werden auch seitens der Deutschen Justiz-Gewerkschaft nicht aufhören, auf die in Zukunft notwendigen Maßnahmen hinzuweisen und Bundes- so wie Landespolitik in die Pflicht nehmen. Dazu stellen wir die Weichen auf Bundesebene, aber äußerst wichtig ist auch die Arbeit in den Landesverbänden. Wir sind deshalb sehr froh, dass die DJG Landesgewerkschaft Niedersachsen, die im Jahr 2025 übrigens ihr 75-jähriges Jubiläum feiert, hier in Niedersachsen sich aktiv und solidarisch für die Bediensteten einsetzt und nicht locker lässt, die Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

Beatrix Schulze
Bundesvorsitzende

Klaus Plattes
Bundesvorsitzender


Foto (c) 2025 / zallmann

Alexander Zimbehl ist seit 2019 der Vorsitzende des niedersächsischen beamtenbund und tarifunion (NBB/dbb niedersachsen) und leitet damit den wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverband für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte im Land Niedersachsen. Zuvor war er viele Jahre Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Niedersachsen.

Zimbehl führt den mitgliederstärksten Beamtenbund Niedersachsens und gestaltet die Interessenvertretung von Beamten und Tarifbeschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Weiterentwicklung des Dienstrechts, die Wahrung von Tarifautonomie und Berufsbeamtentum sowie die tarifpolitische Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene.